

WIR



Magazin der Jungen Bürgermeister*innen

KOMMUNALEN

3/23



Das Bild hängt schief.

Wie Kommunen aus Fehlern lernen.



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

MIT NACHHALTIGEM STROM IN DIE ZUKUNFT



So wie die Sonne die Quelle allen Lebens ist, bildet Elektrizität heute die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens und die Basis einer florierenden Wirtschaft. Um dauerhaft und nachhaltig Strom zu erzeugen, setzen wir auf erneuerbare Energien aus der Kraft von Wind und Sonne.

Bei ALTUS investieren wir jede Minute unserer Arbeitszeit in eine nachhaltige Energieversorgung. Unser gemeinsames Ziel ist es, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen und die Energieerzeugung in Deutschland dauerhaft klimafreundlicher zu gestalten.

Dafür geben unsere über 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jeden Tag 100% Leistung für 100% erneuerbare Energie aus Windkraft und Photovoltaik.

Ihre Ansprechpartner:

Marco Eggensperger
Geschäftsführer
info@altus-re.de
Telefon: +49 721 6269060



Thorsten Wehner
Politische Kommunikation & Strategie
t.wehner@altus-re.de
Mobil: +49 160 7850260



Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

ein Bild hängt schief, der 100. Geburtstag von Lorient lässt grüßen. Das schiefe Bild steht aber auch sinnbildlich für die manchmal schrägen Realitäten, denen wir jungen Bürgermeister*innen in unseren Kommunen gegenüberstehen. Die Finanzen sind knapp, die Förderprogramme sprießen, die Erwartungen sind hoch – aber halten die (Förder-)Mittel, was sie versprechen? In dieser Ausgabe von „WirKommunalen“ werfen wir einen kritischen Blick auf die Herausforderungen unserer Kommunen und bieten Einblicke in innovative Lösungsansätze.

Unsere Ausgabe startet mit einem Grußwort von Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz (Seite 4). Ihr erfahrt, wie Heidenheim dem Fachkräftemangel begegnet (Seite 8) und warum Vitali Klitschko in Leipzig ein T-Shirt des Netzwerks unterschrieben hat (Seite 10).

Im Schwerpunkt der Ausgabe orientieren wir uns an den FuckUp Nights der Startup-Branche, in denen man durch Beispiele des Scheiterns vor allem lernt, wie man es besser machen kann. Dort beleuchten wir Beispiele für Fördermittel-Irrsinn (Seite 12) und wie gut gemeinte, aber überholte Strukturen im kommunalen Alltag Frustrationen auslösen können (Seite 14). Lernt aus Erfahrungen, wie man einen Dirt Park nicht ausschreiben sollte (Seite 18) oder über den Umgang mit einer denkbar knapp verpassten Wiederwahl (Seite 20). Wir erfahren Näheres darüber, wie ein junger Kollege als Sensation startet und über Skandal und Rücktritt letzt Endes zum erfolgreichen politischen Neuanfang kommt (Seite 22), bevor wir einen Blick auf den mühsamen Weg zu PV-Freiflächenanlagen werfen (Seite 24).

Auch auf Veranstaltungen waren die jungen Bürgermeister*innen gut vertreten, so zum Beispiel auf der Smart Country Convention, der KOMMUNALE oder der bpb-Konferenz zur Kommunalen Konfliktbewältigung „Wir da unten, die da oben?“ (Seiten 25-26).

Abschließend gibt es Einblicke in die Ergebnisse der Arbeit der Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger des BMI (Seite 27) und einen ersten Ausblick auf die Netzwerkaktivitäten im Jahr 2024, inklusive der aktuellen Programmskizze der Jahreskonferenz 2024 am 15. und 16. Mai kommenden Jahres (Seite 28). Seid ihr schon angemeldet?

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch



Henning Witzel

Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



Foto: Ingo Boelter/ASK Berlin

*Gut gemeint ist
noch lange nicht gut
gemacht. Am Umgang
mit Fehlern entscheidet
sich, ob man auch
daraus lernt.*





Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung



Foto: BMWK / Dominik Butzmann

DR. ROBERT HABECK
Bundesminister für Wirtschaft
und Klimaschutz

Liebe Mitglieder des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen,

die Demokratie lebt davon, dass Menschen bereit sind, über ihre unmittelbar eigene Welt hinauszudenken. Von der Bereitschaft also, sich für ihr Gemeinwesen zu engagieren, sich einzumischen und die Wirklichkeit zu gestalten. Und genau das tun Sie als junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister! Jeden Tag kümmern Sie sich um die Anliegen der Menschen vor Ort. Und Sie wissen, was es heißt, auf offener Bühne für eine Sache zu streiten – und damit auch Gegenrede zu provozieren.

Konstruktiver Streit um die besten Lösungen ist Voraussetzung für eine lebendige Demokratie und stiftet gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht dadurch, dass alle dieselbe Meinung haben oder dieselben Dinge wollen. Er entsteht durch die Pluralität der Argumente, Wünsche und Meinungen – sowie durch das demokratische Ringen um die richtige Lösung. Am Ende dieses Prozesses steht dann ein Ergebnis, das zwar nicht alle gut finden – hinter dem sich aber alle versammeln können, weil sie sich haben einbringen können. Aber leider erfahren Sie als Kommunalpolitikerinnen und -politiker zunehmend auch Anfeindungen, die mit konstruktivem Streit nichts zu tun haben. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe, hier gegenzuhalten und für eine Stärkung unserer demokratischen Kultur und Institutionen zu sorgen. Unsere föderale Republik wäre ohne Sie und Ihr Engagement nicht funktionsfähig. Deswegen möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen meine Dankbarkeit für Ihre Arbeit auszusprechen!

Für ein Amt zu kandidieren – das heißt, bereit zu sein, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Und wie Sie in dieser Ausgabe Ihrer Vereinszeitschrift reflektieren: Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen zu treffen, die Konsequenzen in der Wirklichkeit haben und damit das Leben anderer Menschen beeinflussen, bedeutet immer auch, sich dem Risiko des Scheiterns auszusetzen. Das erfordert Mut. Aber nur mit diesem Mut ist es möglich, zu gestalten und Dinge zu verändern. Ohne Menschen wie Sie, die sich und andere fordern, würde Stillstand herrschen.

Es ist Ihr Mut, liebe junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der mich in Zeiten zunehmender Polarisierung zuversichtlich stimmt. Die Aufgabe für uns alle besteht darin, Sie im Falle eines Fehlers nicht mit Häme zu überschütten, sondern eine Fehlerkultur zu etablieren, die eine Balance zwischen Kritik und Verständnis erzeugt. Wenn uns dies als Gesellschaft gelingt, dann nehmen wir dem Scheitern seinen Schrecken – und die Mutigen werden für ihre Beharrlichkeit belohnt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten.

Robert Habeck

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

WARUM WIR DABEI SIND



Heiko Abbas,
Bürgermeister der Stadt Weener (Ems):

„Ich bin mit Begeisterung Mitglied im Netzwerk Junge Bürgermeister*innen, weil der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland enorm wertvoll ist. Man kann auf dem kurzen Dienstweg wichtige Informationen erhalten und von vielfältigen Erfahrungen profitieren. Besonders wertvoll ist für mich, dass sich hier Bürgermeisterinnen und Bürgermeister großer und kleinerer Städte und Gemeinden treffen. Dadurch lernt man jedes Mal dazu, außerdem sind die Gespräche immer auch ein Stück Trauma-Therapie.“



Foto: Privat



Claudia Brandes,
gewählte Bürgermeisterin der Gemeinde Petersberg

„Der überparteiliche Austausch mit jungen Kolleginnen und Kollegen ermöglicht es, bewährte Praktiken zu teilen, Herausforderungen gemeinsam anzugehen und voneinander zu lernen, ohne das Rad jedes Mal neu erfinden zu müssen. Der Blick über den Tellerrand ist entscheidend, um innovative Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen in unseren Gemeinden zu finden.“



Foto: Privat



Kathrin Neumann,
Bürgermeisterin der Gemeinde Brieselang

„Die Gemeinde Brieselang steht wie viele andere Kommunen vor großen Herausforderungen. Diesen kann man nur begegnen, wenn man konstruktiv zusammenarbeitet. Mir ist es wichtig, dies nicht nur innerhalb der Gemeinde zu tun, sondern auch mit Kommunen deutschlandweit. Ich freue mich auf den Austausch im Netzwerk!“

Foto: Gemeinde Brieselang



Matthias Radtke,
Bürgermeister der Stadt Röbel/Müritz

„Zu einer belebten Demokratie gehören auch immer engagierte Menschen, die nach vorne gehen und andere für ihr Handeln begeistern. Gerade junge Menschen kamen in der Vergangenheit oftmals zu kurz und konnten nicht immer Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Umso mehr freut es mich, dass das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen eine Plattform bietet, um Ideen zu entwickeln, auszutauschen und gemeinsam voranzutreiben. Zusammen werden wir frischen Wind in die Verwaltung und Politik bringen sowie gegenseitig von unseren Erfahrungen profitieren.“



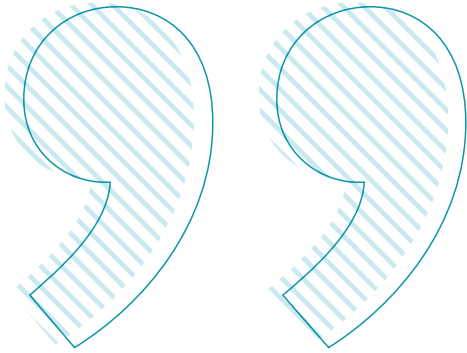
Foto: Fotografie Schneider, Poststock



Finn Thomsen,
Bürgermeister der Stadt Großalmerode

„Als Bürgermeister endet mein Blick nicht an den Grenzen unserer Stadt. Im Gegenteil, ich schaue gerne über den Tellerrand, hole mir neue Ideen und bringe so frischen Wind in unsere Stadt. Wir Bürgermeister haben alle ähnliche Aufgaben, egal wo in Deutschland. Deshalb macht es besonders viel Spaß, sich mit gleichaltrigen Amtskolleg*innen auszutauschen. Es ist wie eine Reise in eine andere Stadt, ohne die eigene zu verlassen. Das bringt Bewegung in unsere Arbeit – zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger!“

Foto: Finja Mielth



MEIN RATHAUS ...



Ein Stück Geschichte – modern und zeitlos

Hofstetten ist eine prosperierende kleine Gemeinde mit rund 1.800 Einwohnern im Herzen des Schwarzwalds.

Mit kommunaler sechsgruppiger Kita, einer Grundschule, Freibad, Gewerbepark, zahlreichen Sehenswürdigkeiten und hervorragender Gastronomie ist die Gemeinde vor Ort gut aufgestellt. Das Rathaus ist zentral im Ortskern Dreh- und Angelpunkt für die Bürger*innen, Vereine und Unternehmen. 1898 erstellte die Gemeinde Hofstetten ein Schul- und Rathaus. Im Jahr 1934 kam ein drittes Stockwerk hinzu, das dem Gebäude heute den typischen Charakter verleiht. 1971 erfolgte ein weiterer Umbau, die Kernsanierung des Gebäudes wurde von 2007 bis 2008 mit viel Liebe zum Detail umgesetzt. Dass das Rathaus heute, innen wie außen, in vielerlei Hinsicht ein besonderer „Hingucker“ ist, ist maßgeblich dem Engagement des damaligen Bürgermeisters Henry Heller zu verdanken. 1,3 Millionen Euro wurden investiert, das Land Baden-Württemberg hatte den Umbau finanziell großzügig unterstützt. 2018 wurde eine Ladestation für E-Bikes installiert, für 2024 ist geplant, das Rathaus und die benachbarte Gemeindehalle an das kommunale Nahwärmenetz anzuschließen, das bisher den Kita-Neubau und das Vereinsheim des Sportclubs Hofstetten versorgt.



MARTIN ASSMUTH
Bürgermeister der
Gemeinde Hofstetten

Foto: Privat



Fotos: Gemeinde Hofstetten



Hofstetten
im Schwarzwald...dem Himmel ein Stück näher!

HOFSTETTEN

Gemeinde
im Herzen des
Schwarzwalds

Rund 1.800 Einwohner

www.hofstetten.com

„Aus Liebe zum Job“

Kampagne der Stadt Heidenheim gegen den Fachkräftemangel



„Die Grafiken der Kampagne erzeugen Aufmerksamkeit und zeigen die Vielfalt der Verwaltung, wenn der Bus im öffentlichen Raum unterwegs ist.“ MICHAEL SALOMO



Frisch, frech und fröhlich: So ist die Kampagne „Aus Liebe zum Job“ kurz und bündig beschrieben, die die Stadt Heidenheim pünktlich zum Valentinstag im Februar dieses Jahres gestartet hat. Als erste Kommune in Deutschland hat sie einen eigenen Account auf der Dating-Plattform „Tinder“ erstellt, wie im Magazin „Wir Kommunalen“ 1/23 berichtet. Auszubildende der Stadt sind sowohl offline als auch online auf Plakaten, Postkarten, Flyern, einem Bus und den Social-Media-Kanälen der Stadtverwaltung präsent. Mit ihren Gesichtern werben sie erfolgreich für die insgesamt 20 Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten bei der Stadt Heidenheim.

Die positive Wirkung der Kampagne wird deutlich: Im Verwaltungsbereich erhielt die Stadt im Vergleich zum Vorjahr 39 Bewerbungen mehr, nun insgesamt 66. Im Bereich Soziale Arbeit stieg die Zahl von 18 auf 23, im Bereich Bibliothek (Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste) von 8 im Jahr 2022 auf nun 18 Bewerbungen. Dies ist ein vielversprechender Start, der weiterverfolgt wird. Allerdings stagnieren oder sinken die Bewerberzahlen im Anerkennungspraktikum in der Vermessungstechnik im Vergleich zum Vorjahr. Aufschluss wird die finale Auswertung geben, die bislang noch aussteht.

Die Stadt Heidenheim setzt ein Zeichen gegen den Fachkräftemangel, der nicht nur bei der Stadtverwaltung in Heidenheim ein Problem darstellt. Die Kampagne entstand in enger Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Personalwesen und Kommunikation, die gemeinsam Ideen für die Kampagne entwickelten. Ihr Ziel war es, die Leidenschaft und Liebe zum Job der einzelnen Kolleginnen und Kollegen in den Fokus zu rücken. Das Thema „Liebe“ zieht sich wie ein roter Faden durch die Kampagne. Sie zielt auf den Ausbildungs- und Studienstart 2024 ab und soll im neuen Jahr so erweitert werden, dass alle Stellenausschreibungen der Stadtverwaltung im Stil der Kampagne gestaltet werden.

Darüber hinaus spricht die Kampagne junge Menschen als Zielgruppe dort an, wo sie sich bewegen – auf den Social-Media-Kanälen.

Die Stadt Heidenheim ist auf Facebook, Instagram, YouTube und seit 2021 auch auf TikTok präsent. Zusätzlich erstellte die Verwaltung für die Kampagne einen Account bei der Dating-Plattform Tinder, um auch auf unkonventionelle Weise mit Interessierten Kontakt aufnehmen zu können.

Die Kampagne hat eine hohe mediale Aufmerksamkeit generiert. Die Pressestelle der Stadt Heidenheim beantwortet regelmäßig Anfragen von Medien und anderen Verwaltungen, die sich ebenfalls darüber Gedanken machen, wie sie auf den Rückgang der Bewerbungen reagieren können.



MICHAEL SALOMO
Oberbürgermeister der
Stadt Heidenheim

Fotos: Stadt Heidenheim

Foto: Irena Klingner

Fachkräfte gesucht?



VIDEO WIRKT

**Auch fürs Recruiting
in Kommunen!**



360.000 Beschäftigte fehlen deutschlandweit im öffentlichen Dienst. Anders gesagt: Der Fachkräftemangel ist in Kommunen und Verwaltungen längst angekommen.

Recruitingvideos helfen, Bewerber*innen richtig anzusprechen und sich als zeitgemäßer Arbeitgeber zu präsentieren. Sie erreichen Nachwuchskräfte dort, wo sie unterwegs sind (Social Media, Bewerber*innenportale etc.), und vermitteln Bewerber*innen einen guten, sympathischen ersten Eindruck.

Wir produzieren Ihr Recruitingvideo.
Unsere Leistungen für Kommunen:



Beratung und Konzeption
Dreh und Produktion
Postproduktion

www.ask-berlin.de

ASK



Vitali Klitschko (3. v. l.) am Stand der Jungen Bürgermeister*innen



Präsident Wolodymyr Selenskyj war für eine Grußbotschaft live zugeschaltet.

Fotos: Aßmuth, Privat

Gemeinsam für Europa

Netzwerk Junge Bürgermeister*innen auf der 6. ukrainischen-deutschen Partnerschaftskonferenz in Leipzig

VON HENNING WITZEL

Vom 13.11.2023 bis 15.11.2023 fand in Leipzig die sechste ukrainisch-deutsche Partnerschaftskonferenz unter Ausrichtung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und Engagement Global statt. Das Motto der Veranstaltung war „Gemeinsam für Europa: Solidarität, Wiederaufbau und Zukunftsperspektiven“. Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die SKEW schon seit 2015 im Rahmen des Projekts „Kommunale Partnerschaften mit der Ukraine“ ein Netzwerk aus inzwischen 186 formalisierten und nicht-formalisierten kommunalen Partnerschaften mit verschiedenen Vernetzungs-, Beratungs- und Förderangeboten.

Das abwechslungsreiche Programm bot hochkarätige Fachimpulse, Vernetzungsmöglichkeiten sowie zahlreiche Praxisberichte. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze setzten mit Impulsvorträgen und Grußworten wichtige politische Signale der weiteren Unterstützung seitens der deutschen Bundesregierung. Auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj war live zugeschaltet und dankte den deutschen Städten und Gemeinden für die vielfältige humanitäre Hilfe. Kiews Bür-

germeister Vitali Klitschko betonte sowohl in seiner Ansprache als auch in der anschließenden Podiumsdiskussion die Bedeutung der Verteidigung von Demokratie und Freiheit für Europa sowie die Notwendigkeit eines europäischen Wertesystems in der Ukraine. Kiew und Leipzig unterhalten bereits seit 62 Jahren eine lebendige Städtepartnerschaft, wie Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung an vielen praktischen Beispielen aufzeigte.



Unser Ukraine-Beauftragter Martin Aßmuth (l.) im Austausch mit Ministerin Svenja Schulze (2.v.l.)

im Fachforum der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) „Verbesserung des Bevölkerungsschutzes und Wiederaufbau mit kommunalen Partnerschaften

mit der Ukraine“ stellte unser Bundesvorstand Martin Aßmuth, Ukraine-Beauftragter des Netzwerks, gemeinsam mit einer Delegation seiner ukrainischen Partnerkommune aus Trostjanez, konkrete Praxisbeispiele für humanitäre Hilfen vor. Über seine Initiative wurden zwischenzeitlich rund 20 neue deutsch-ukrainische Partnerschaften angebahnt beziehungsweise mit der SKEW auf den Weg gebracht. Für sein Engagement wurde Hofstettens Bürgermeister in diesem Frühjahr mit dem Staatsanzeiger-Award in der Kategorie „Bürgermeister in Mission“ ausgezeichnet.

Neben der Gemeinde Hofstetten (Baden-Württemberg) profitierte auch die Stadt Bad Soden-Salmünster (Hessen) um NJB-Bürgermeister Dominik Brasch von Sachmitteln aus dem Bundesförderprogramm des BMZ. Ebenfalls mit auf der Konferenz war Stephan Noll, Bürgermeister in Alzenau (Bayern). Seine Kommune pflegt eine erfolgreiche Städtepartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Kamjanka-Buska, 40 Kilometer nordöstlich von Lviv.

Netzwerk mit Auftritt beim Markt der Möglichkeiten

Auf dem Markt der Möglichkeiten informierte das Netzwerk über seine Arbeit für die kommunale Familie. Zahlreiche Teilnehmende nutzten unser Gesprächsangebot. So ergab sich beispielsweise ein konstruktiver Dialog zwischen Martin Aßmuth und Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Ein besonderes Highlight war der Besuch von Vitali Klitschko an unserem Stand. Als Dank für unser Engagement signierte er ein T-Shirt des Netzwerks. Auf unserer Jahrestagung im Mai 2024 soll das Shirt zugunsten der Hofstetter Ukraine-Hilfe meistbietend versteigert werden.

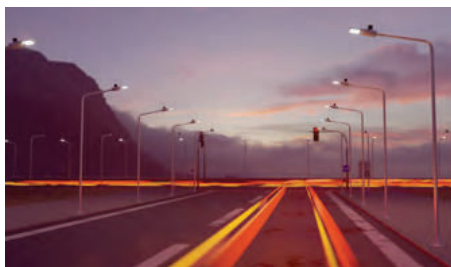
Smart Cities für eine grüne Zukunft

Digitalisierte Straßenbeleuchtungen, Ladestationen und Regalbeschilderungen bringen deutsche Städte nach vorn

VON NIHAT KOLCUOĞLU

Urbanes Leben ist smart. Deutschlands Städte sind auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft. Dafür entwickeln innovative Unternehmen passgenaue Technologien und bringen so die Transformation voran. Durch Lösungen der SOLUM Europe GmbH werden Städte effizienter, umweltfreundlicher und moderner.

SOLUM ist ein Spin-Off von Samsung Electronics, hat also 45 Jahre Erfahrung mit drahtloser Kommunikation und stattet Städte auf der ganzen Welt aus. Die drei großen Themen derzeit: intelligente Straßenbeleuchtung, Ladestationen für Elektrofahrzeuge und elektronische Regalbeschilderung. Beispiele aus der Praxis:



Fotos: SOLUM

Smart Street Lighting und Managed Services

Im niedersächsischen Ilsede transformiert SOLUM gerade alle 2000 Straßenlaternen zu smarten Leuchtkörpern. Bürgermeister Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge ist im Netzwerk Junge Bürgermeister*innen aktiv und Beisitzer im Vorstand.

In Nauen, nahe Berlin, läuft in Zusammenarbeit mit Media Broadcast ein Pilotprojekt zu intelligenter Straßenbeleuchtung, Abfall- und Parkplatzmanagement. Ist es erfolgreich, wird es Blaupause für ganz Deutschland.

Verkehrssicherheit

Smarte Straßenbeleuchtung bedeutet weit mehr als Licht: LED-Systeme senken den Energieverbrauch und verbessern die Ver-

kehrssicherheit. Über Online-Dashboards lassen sich Smart Cities ortsunabhängig steuern. Behörden können zum Beispiel Geschwindigkeiten messen, Verkehrsteilnehmer*innen zählen und CO₂-Emissionen verfolgen.

In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) will SOLUM Mobilität ohne Unfälle, Staus, Verspätungen, Umleitungen und ohne Umweltverschmutzung möglich machen. Das ist visionär. SOLUM identifiziert die besten Standorte für intelligente Beleuchtung und unterstützt Forschung sowie Behörden mit Verkehrs- und Umweltdaten.

Höhere Sicherheit im Straßenverkehr entsteht zum Beispiel durch Staumanagement und Echtzeitwarnungen bei Unfallgefahr. Geschwindigkeitsvorschriften, Fahrspurverläufe, Ampeln und Routenempfehlungen lassen sich dynamisch steuern.

Ladestationen für Elektrofahrzeuge

Wesentlich auf dem Weg zur elektrischen Mobilität sind Ladestationen in unseren Städten. SOLUM plant das kombinierte Monitoring von Ladestationen und Straßenbeleuchtung über ein einziges Dashboard. Diese Integration sorgt für mehr Nachhaltigkeit. Und: Die Ladestationen bieten Werbeflächen auf dem Display. Unternehmen und Behörden können ortsbezogene Anzeigen platzieren.

ESL für die Industrie 4.0

SOLUM ist nicht nur Vorreiter für Verkehrsprojekte, sondern auch für die Industrie 4.0. Die elektronische Regalbeschilderung - Electronic Shelf Labels, kurz ESL - unterstützt Digitalisierung, Prozessoptimierung und Automatisierung zum Beispiel in Sachen Abfallmanagement. Echtzeit-Lagerbestandsmanagement sorgt für weniger Fehler und mehr Produktivität. ESL fördert die papierlose Arbeitsumgebung - und damit eine nachhaltige und effiziente Zukunft unserer Städte.

Mehr Informationen finden Sie unter www.solum-group.com



Strahlende Zukunft

Das sind Meilensteine auf dem Weg zur nachhaltigen Stadtentwicklung, also zur Energiewende. Unsere Projekte entstehen alle im Sinne der Nachhaltigkeitspolitik, wie zum Beispiel des EU-Pakets „Saubere Energie für alle Europäer“, und senken unmittelbar die Treibhausgasemissionen. Gemeinsam arbeiten wir an einem smarteren, grüneren und besser vernetzten Land.



NIHAT KOLCUOĞLU
Global Sr. Business
Development
Smart Lighting Solutions
& IoT Devices

Foto: SOLUM

Wenn der Staat dem Staat nicht mehr vertraut

Über 900 Förderprogramme stehen den Kommunen schätzungsweise in Deutschland zur Verfügung. Sie sind bei den Bürgermeister*innen oft unbeliebt.

Förderprogramme werden in gutem Glauben aufgelegt, den Kommunen etwas Gutes zu tun, um Anreize zur Vornahme bestimmter Handlungen zu setzen. Dabei werden Bedarfe vor Ort geweckt, die Antragsverfahren sind bürokratisch, zeitaufwendig und praxisfern und Folgekosten werden unberücksichtigt gelassen. Zudem zeugen die von den Förderstellen bei der Beantragung geforderten Informationen, Nachweise und Belege von einem erheblichen Misstrauen gegenüber den Kommunen. Bei zahlreichen Förderprogrammen drängt sich der Eindruck auf, dass der Staat dem Staat nicht mehr vertraut. Anders lassen sich die erforderlichen überbordenden Dokumentationspflichten nicht erklären.

Beispielhaft für die nicht seltenen Mängel bei Förderverfahren zeigen folgende Fälle auf, „Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht“:

1. Zu hohe Komplexität

Die Städtebauförderung ist hochkomplex. Anfangs muss aufwendig nachgewiesen werden, dass ein städtebaulicher Missstand vorliegt; überschlüssig müssen Maßnahmen skizziert werden, mit denen man beabsichtigt, dem Missstand beizukommen. Obwohl dann überhaupt nicht feststeht, ob und was umgesetzt werden soll, wird die Kommune gezwungen, auf der Basis dieser Vorschläge eine Finanzierung aufzustellen, die dann Grundlage für die Aufnahme in ein Programm ist. Nach erfolgreicher Aufnahme muss jedes Jahr neu eine Fördersumme beantragt werden. Darüber bekommt man dann vom Land einen vorläufigen Bescheid, um anschließend bei Fördergebern wie beispielsweise der NBank in Niedersachsen zu beantragen, wie diese Fördersumme, auf fünf Jahre aufgeteilt, bewilligt werden soll. Die Beträge für die einzelnen Jahre muss die Kommune sodann innerhalb von 2 Jahren ausgeben, sonst verfallen sie. Ein einfaches, bürokratiearmes Programm sieht anders aus.

Auch Förderprogramme im Bereich Klimaschutz sind größtenteils aufwendig und obwohl es sich um Standardprogramme handelt, muss jeder Antrag einzeln durch die bundeseigene Zukunft – Umwelt – Gesellschaft (ZUG) gGmbH geprüft werden. Die Förderanträge sind so kompliziert, dass man in der Regel für die Antragstellung einen Dienstleister benötigt.

Mitunter können die für den Antrag erforderlichen Nachweise dazu führen, dass der Aufwand der Antragstellung schlichtweg nicht zu stemmen ist oder die Kosten die Förderung übersteigen. Beispiel:

Für den Bau einer sehr nachhaltigen Mensa mit Räumen für den Ganzttag in Cradle-to-cradle-Bauweise im KfW-40-Standard beantragte eine Kommune Förderung und erhielt eine Förderzusage in Höhe von 154.000 Euro, sie musste jedoch mithilfe eines Auditors nachweisen, dass das Gebäude, immerhin von Fachplanern entwickelt, den



Anforderungen des Förderprogramms entspricht. Alleine für diese Nachweise hätten jedoch 169.000 Euro aufgewendet werden müssen.

2. Überlange Bearbeitungsdauer

Überlange Verfahrensdauern können in Förderverfahren zu erheblichen Schäden führen, wenn dadurch die geförderten Maßnahmen insgesamt verzögert werden. Beispiele:

Eine Gemeinde plante die Erweiterung einer Realschule in eigener Trägerschaft. Hierfür waren 3,6 Mio. Euro angesetzt. Der entsprechende Förderantrag wurde im Oktober 2020 gestellt. Als Ende Mai 2022 die Bewilligung der Schulbaubehörde einging, wurde die Kostenrechnung aktualisiert. Aufgrund der allgemeinen Baukostensteigerungen in diesem Zeitraum belief sich die Kostenberechnung nunmehr auf knapp 5,3 Mio. Euro.

Die Bearbeitung eines Förderantrags für die Einführung eines Klimaschutzmanagements verzögerte sich trotz regelmäßiger Zusage der Förderstelle immer wieder. Fünf Tage bevor der Förderbescheid letztlich einging, sprang der Bewerber auf die Stelle ab. Die Stelle wurde erst über neun Monate später besetzt, der Förderantrag musste aufwendig an den neuen Projektzeitraum angepasst werden.

Neben den oft langen Bearbeitungszeiten gibt es auch zahlreiche Förderverfahren, bei denen die Fördermittel erst Jahre nach Abschluss der Maßnahme ausgekehrt werden. Auch spät ausgezahlte Fördermittel werden jedoch regelmäßig nicht verzinst, sodass die Gemeinden oft durch die Finanzierungszinsen zusätzlich belastet sind.

3. Fehlende Nachhaltigkeit

Förderprogramme sollen oft auch ein dauerhaftes Engagement der Gemeinden in bestimmten Bereichen initiieren. Die Förderungen sind jedoch oft nur auf die Anlaufphase ausgelegt, wodurch der Eindruck entsteht, Kommunen sollten ohne die der Konnexität entsprechende Kostendeckung in neue Aufgaben „gelockt“ werden.

Beispielhaft für eine Initiationsförderung steht der DigitalPakt Schule. In diesem waren zwar umfassend Mittel für die Beschaffung der entsprechenden Technik vorgesehen, es fehlte jedoch an den dauerhaft erforderlichen Mitteln für Wartung und Service. Auch die mitunter sehr

kurzen Lebenszyklen mancher technischer Komponenten wurden nicht berücksichtigt

4. Zweckverfehlung

Mitunter sind Förderbedingungen so ausgestaltet, dass Förderempfänger das eigentliche Ziel der Maßnahme nicht mehr erreichen können. So wurde in einer rheinland-pfälzischen Verbandsgemeinde ein Rathaus mit der Vorgabe errichtet, dass keine Prognose über die Personalentwicklung in die Planung einfließen durfte. Da sich die Aufgaben der Verwaltung aber erwartungsgemäß in der Projektphase weiterentwickelten, musste letztlich bei Inbetriebnahme des neuen Gebäudes ein Stockwerk des früheren Rathauses weiter mitgenutzt werden.

5. Fehlende Umsetzbarkeit

Förderbedingungen gehen mitunter auch gänzlich an der Praxis vorbei:

Für die Erstellung von Quartierskonzepten ist es möglich, sowohl Förderung von der KfW-Bank als auch vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz (MKUEM) zu erhalten. Dafür ist zunächst die Bewilligung der KfW einzuholen. Der KfW-Förderantrag geht mit einer Angabe zum Projektzeitraum einher. Mit dem Erhalt der Förderzusage muss das Projekt spätestens nach 18 Monaten abgeschlossen und der Endbericht als Nachweis bei der KfW eingereicht sein. Ab dem Zeitpunkt der Auftragserteilung soll das Projekt nach 12 Monaten abgeschlossen sein. Die MKUEM-Fördermittelbeantragung benötigt jedoch die positive KfW-Förderzusage. Mit der Ausstellung des positiven MKUEM-Bescheids muss das Projekt zwingend bis zum 15.10. des Folgejahres schlussgerechnet sein. Daraus ergibt sich, dass im Falle eines positiven Bescheides beispielsweise im 4. Quartal 2023 das Projekt bereits bis zum 15.10.2024 schlussgerechnet sein müsste, was eine Bearbeitungszeit von 12 Monaten praktisch unmöglich macht.

Fazit: Die Verwaltungen in Kommunen wissen sehr genau, welche Themen vor Ort wichtig sind. Sie benötigen dabei keine Bevormundung durch Förderprogramme. Die Antwort kann nur lauten: Das Steuergeld, das heutzutage in Förderprogramme gesteckt wird, sollte den Kommunen direkt gegeben werden. Das spart erheblich Bürokratie und Personal bei den Förderstellen ein.



JAN
DINGELDEY
Bürgermeister der
Stadt Hemmingen

Foto: Stadt Hemmingen



ULRICH RICHTER
HOPRICH
Bürgermeister,
der Verbandsgemeinde
Montabaur

Foto: Verbandsgemeinde Montabaur

„Strukturen, die nicht mehr zeitgemäß sind“

Herausforderungen einer ehrenamtlichen Bürgermeisterin



Rathaus Hermeskeil: Links die Verbandsgemeindeverwaltung, rechts das Stadtbüro der ehrenamtlichen Bürgermeisterin und ihres Beigeordneten.

Als ich 2019 das Amt der Stadtbürgermeisterin in Hermeskeil übernahm, dachte ich viele meiner Wähler*innen: „Jetzt wird alles besser. Offener und transparenter, schneller und zukunftsgerichteter.“ Nach mehr als vier Jahren muss ich sagen: Pustekuchen.

Das, was wir in den städtischen Gremien geleistet haben, kann sich im Vergleich zu anderen Kommunen sehen lassen, bleibt aber dennoch weit hinter meinen Vorstellungen. Erfahrene Kolleg*innen bieten Erklärungsversuche, wie „Du hast eine schwierige Zeit für dein Amt. Erst Corona, dann Ukraine-Krieg, Energiekrise und Landesfinanzausgleich.“ Will ich mich dahinter verstecken? Nein. Ich sehe ein halbes Jahr vor Ende der Amtszeit das ein oder andere Manko. Bei aller Kritik (und die sozialen Medien sind voll davon) habe ich mir vielleicht zu oft Schuhe angezogen, die mir nicht passen. Oder besser: die mir gar nicht gehören. Und da sind wir bei einer Besonderheit der rheinland-pfälzischen Kommunalstruktur. Kommunale Selbstverwaltung wird hier großgeschrieben. So groß, dass sogar Kleinst-

gemeinden mit neun Einwohner*innen, wie Dierfeld, einen Gemeinderat, einen eigenen Haushaltsplan und letztlich auch eigene Bürgermeister*innen haben. Hermeskeil ist mit 8.000 Einwohner*innen größer. Nur 59 der über 2.100 Gemeinden in Rheinland-Pfalz sind noch größer. Dennoch wird die Stadt ehrenamtlich geführt. Das sieht die Gemeindeordnung vor. Zu den Aufgaben zählen: das Betreiben einer Kita, das Schaffen von alternativen Energien und Nahwärmenetzen, das Bereitstellen von Wohnraum, das Ansiedeln von Wirtschaftsunternehmen für Arbeitsplätze und Steuereinnahmen, die Organisation des Stadtfestes. Das sind nur einige der größeren Posten. Es sind viele Aufgaben, und sie werden komplexer, denn immer mehr öffentliche und private Stellen sind zu beteiligen. Sie erfordern Zeit. Zeit, die Ehrenamtliche nicht in diesem Maß aufbringen können.

Verbandsgemeinden

Deshalb hat man das Konstrukt der Verbandsgemeinden entwickelt. Das sind hauptamt-

lich verwaltete Gebietskörperschaften, in denen sich je nach Lage und Größe eine unterschiedliche Zahl benachbarter Gemeinden zusammenschließen. Die Verbandsgemeindeverwaltung soll anstelle der Ortsgemeinden ihr zugeordnete Pflichtaufgaben, wie unter anderem Grundschulen, Brandschutz, Tourismus, Wasserversorgung oder Flächennutzungsplanung übernehmen. Und sie soll – und das ist der springende Punkt – die Verwaltungsgeschäfte der Ortsgemeinden in deren Namen und Auftrag führen. Man nennt sie daher auch „Schreibstube der Kommune“. Die Idee klingt gut. Warum sollte sich eine 500-Einwohner*innen-Gemeinde eine eigene Verwaltung leisten?

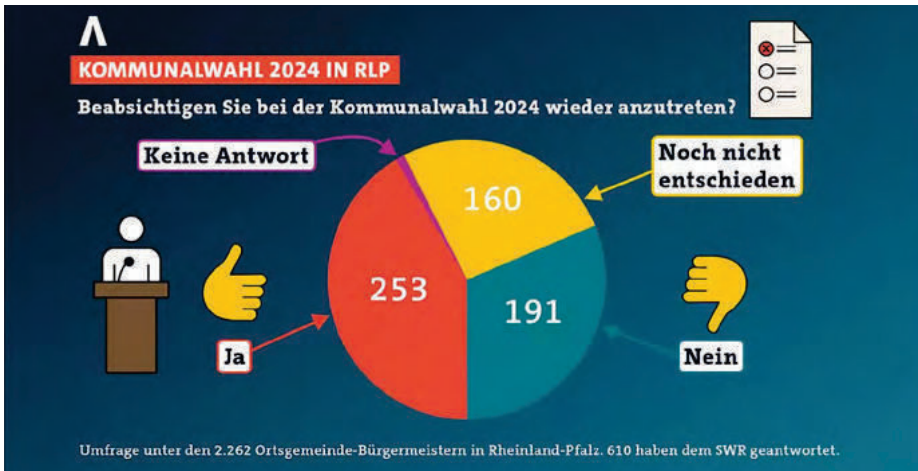
Problematisch wird es, wenn verschiedene Interessen verschiedener Ortsgemeinden in der Verwaltung zusammenkommen. In Zeiten von Personalmangel, Bürokratie-Irrsinn und hinkender Digitalisierung kämpft jedes Gemeindeoberhaupt um seine Projekte und ist dabei gegenüber Mitarbeiter*innen der Verwaltung nicht weisungsbefugt. Dafür gibt es eine*n Verbandsbürgermeister*in. Wie so oft setzt sich durch, wer die richtigen Leute kennt, gut quengelt oder am lautesten schreit. Ist das zielführend?

Gleichzeitig werden aber Bürgermeister*innen für alles, wirklich alles, was in Stadt oder Dorf passiert, oder nicht passiert verantwortlich gemacht. Ob es in ihrer Zuständigkeit liegt, ist zweitrangig. Bürger*innen wollen, dass alles läuft und es Erklärungen gibt, wenn es nicht so ist. „Wofür ist man Bürgermeister*in, wenn man das nicht regeln kann?“ Und so zieht man sich als Ortchef*in manchen Schuh an, der einem nicht passt. Weil der Sachverhalt nicht im eigenen „Kompetenz- und Entscheidungsbereich“ liegt oder weil die Verwaltung, der man selbst nicht vorsteht, nicht so agiert, wie man sich das wünscht. Wie vermittelt man das den Bürger*innen? In der kommunalen Familie wollen wir uns ja nicht gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben.



LENA WEBER
Bürgermeisterin der
Stadt Hermeskeil

Foto: Privat



SWR-Umfrage:
<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/umfrage-zeigt-buergermeister-in-rlp-frustriert-100.html>

Hauptamt stärkt Ehrenamt! Unzählige Programme auf kommunaler Ebene plakativ diesen Slogan. Die Idee dahinter: Behörden unterstützen ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen. In der Realität werden ihnen jedoch weitere Steine in den Weg gelegt. Das hat nicht unbedingt mit Parteienghabe und Machtspielerei zu tun. Es sind vielmehr

Strukturen, die nicht mehr zeitgemäß und effizient sind. Eine Lösung liegt in weiter Ferne. Stadtbürgermeister*innen bleibt der Frust der Bürger*innen. Düstere Aussichten – und vielleicht eine Erklärung, warum es gerade in Rheinland-Pfalz so wenig junge Bürgermeister*innen gibt.

„Als Ortschaft*in zieht man sich manchen Schuh an, der einem nicht passt. Weil der Sachverhalt nicht im eigenen „Kompetenz- und Entscheidungsbereich“ liegt oder weil die Verwaltung, der man selbst nicht vorsteht, nicht so agiert, wie man sich das wünscht.“

ANZEIGE

OPEN ACCESS STATT DOPPELAUSBAU.

Kooperation statt Konkurrenz: Das ist unsere Devise beim **Glasfaser-Ausbau**. Wir setzen uns gegen den Doppelausbau ein, der volkswirtschaftlich unsinnig ist und Anwohner doppelt belastet. Mit Open Access fördern wir den **fairen Wettbewerb** und bieten Kunden echte Wahlfreiheit zwischen starken Angeboten und Leistungen. Mehr erfahren Sie hier: deutsche-glasfaser.de/kommunen

1,7 Mio.
verlegte Glasfaser-Anschlüsse

1.750
Kommunen in FTTH-Projekten

2.000
Mitarbeiter treiben den Glasfaser-Ausbau voran

Gemeinsam Großes gestalten.

Deutsche Glasfaser

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH · Am Kuhm 31 · 46325 Borken



Mit diesem satirischen Wagen machte „Für die Würde unserer Städte“ in Berlin auf die Lage der finanzschwachen Kommunen aufmerksam. Aktion und Thema wurden von Medien bundesweit aufgegriffen.

Nicht bei Frust stehen bleiben, sondern Lösungen entwickeln

Ideen zur Reform der Förderpolitik gesucht

Die Probleme der Förderpolitik in Deutschland lassen einen doppelt verzweifeln: weil das Geld aufgrund des gewaltigen Aufwands oft nicht am eigentlichen Ziel ankommt (siehe Bericht auf Seite 12). Und weil das Problem allen bekannt ist, von keinem ernsthaft bezweifelt wird – und dennoch nichts passiert. Das wollen das Netzwerk Junger Bürgermeister*innen und das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ nun ändern. Sie gründen eine Arbeitsgruppe, die in den kommenden Monaten Vorschläge für eine Reform der Förderpolitik entwickeln soll. Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen sind eingeladen, in dem Kreis mitzuwirken.

Im Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ haben sich 67 finanzschwache Kommunen aus sieben Bundesländern zusammengeschlossen. Sie repräsentieren knapp neun Millionen Menschen in Deutschland. Die bittere Gemeinsamkeit dieser Städte und Kreise: Sie sind vom Strukturwandel besonders betroffen, haben deshalb weit überdurchschnittliche Sozialausgaben und

unterdurchschnittliche Steuereinnahmen. Das Bündnis fordert eine Altschuldenlösung und eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen. Eine reformierte Förderpolitik ist für die Mitglieder von „Für die Würde unserer Städte“ von besonderer Bedeutung, da sie aufgrund fehlender personeller Kapazitäten oder Eigenmittel sowie der Folgekosten häufig nicht an den Programmen teilnehmen können.

Diesen Frust teilt das Aktionsbündnis mit dem Netzwerk Junger Bürgermeister*innen. Die Verwaltungschefinnen und -chefs unter 40 treffen mit ihrer frischen Motivation immer wieder auf Ausschreibungen, auf die sie nicht reagieren können. So fehlen ihnen wichtige Mittel, um ihre Städte und Gemeinden zu entwickeln – und das, obwohl jeweils zwei Ebenen des Staates miteinander zu tun haben. Trotz des Gefühls fehlenden Vertrauens und der Schwierigkeit, die Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema befriedigend zu beantworten, bleibt das Netzwerk nicht beim Frust stehen, sondern entwickelt nun Lösungen mit.

Die Beteiligten werden in der Arbeitsgruppe eine wichtige Motivation haben: Eine Reform

der Förderpolitik lohnt sich für alle Ebenen. Werden die Programme wesentlich vereinfacht und zusammengefasst, dann müssen sich beim Bund, bei den Ländern und in den Kommunen weniger hochqualifizierte Menschen mit dem Stellen und Kontrollieren von Förderanträgen beschäftigen. In Zeiten des Fachkräftemangels ist das eine sehr gute Nachricht mit Blick auf andere wichtige Aufgaben auf der jeweiligen Ebene.

Die Reform wird im Wesentlichen drei Punkte erreichen müssen:

1. Fördermittel müssen viel häufiger pauschal zur Verfügung gestellt werden. Das heißt: Die Zahl der Programme sinkt merklich, die Übersichtbarkeit steigt.
2. Besonders finanzschwachen Kommunen müssen Wege eröffnet werden, sich ohne Eigenmittel an den Programmen zu beteiligen.
3. Die personellen Folgekosten müssen in den Blick genommen und mindestens abgedeckt werden.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe sollen im Mai bei der Jahrestagung des Netzwerks Junger Bürgermeister:innen vorgestellt werden – möglicherweise mit einer der Aktionen, mit denen „Für die Würde unserer Städte“ immer wieder große Aufmerksamkeit erlangt. Die Mitglieder waren zum Beispiel als Bettler verkleidet zum Reichstag gezogen und hatten mit einem satirischen Wagen den kürzesten Karnevalszug der Welt veranstaltet.



Wer in der Arbeitsgruppe, die Ideen zur Reform der Förderpolitik entwickelt, mitwirken möchte, wendet sich bitte per E-Mail an:
christian.herrendorf@ fuerdiewuerde.de



CHRISTIAN
HERRENDORF

Politologe und
Kommunikationsberater
für das Aktionsbündnis
„Für die Würde unserer Städte“

Fotos: Für die Würde unserer Städte /
Andreas Endermann

Wie sich Kommunen vor Hackerangriffen schützen

Intelligente, umfassende IT- und OT-Sicherungskonzepte reduzieren Cyber- sowie Rechtsrisiken drastisch.

VON ANDRÉ GLENZER, DR. NICOLAS SONDER UND MAILIN VON KNOBELSDORFF

Immer öfter geraten öffentliche Verwaltungen und kommunale Unternehmen ins Fadenkreuz von Cyberkriminellen. Und das mit massiven Folgen: Als Hacker beispielsweise Ende Oktober 2023 den kommunalen Zweckverband Südwestfalen IT (SIT) lahmlegten, betraf dies 72 Kommunen mit rund 22.000 Rechnern und 1.400 Servern. Unter anderem zahlreiche kommunale Internetseiten fallen seither aus und viele Verwaltungsabläufe und -dienste sind gestört. SIT-Vertreter rechnen erst im Jahr 2024 mit einem Neustart der Systeme.

Lösegedrängungen werden Normalität

Zunehmende Cyberattacken auf öffentliche Verwaltungen stellt auch das Bundeskriminalamt fest. Häufig wollen Kriminelle mit Ransomware-Angriffen Lösegeld erpressen. Damit einher gehen bei den betroffenen Institutionen hohe finanzielle Schäden infolge der Wiederherstellung der technischen Infrastruktur, infolge von Betriebsstörungen sowie durch Daten- und Reputationsverluste. Cybersicherheitskonzepte werden für Kommunen wichtiger denn je: für die Attackenabwehr und um rechtlichen Konsequenzen nach Versäumnissen vorzubeugen.

Gesetzgebung erzeugt hohen Handlungsdruck

Die EU-NIS2-Richtlinie formuliert Mindestanforderungen an Unternehmen und Einrichtungen kritischer Infrastrukturen (KRITIS) für die elektronische Datenverarbeitung (Information Technology/IT) und die digitale Anlagen- und Produktionssteuerung (Operational Technology/OT). NIS2 umfasst neben KRITIS-Sektoren wie Energie und Transport auch explizit die öffentliche Verwaltung. Auch die persönliche Haftbarkeit von der Unternehmensleitung und potenzielle Bußgelder erhöhen den Handlungsdruck, angemessene Maßnahmen etwa im Cyber-Risikomanagement und Business Continuity Management zu ergreifen.



ANDRÉ
GLENZER
Partner



DR. NICOLAS
SONDER
Partner



MAILIN
VON KNOBELSDORFF
Managerin

Fotos: PWC

Fehleinschätzungen führen zu falschen Reaktionen

In unserer täglichen Beratungspraxis erfahren wir, dass viele kommunale Entscheider*innen die konkreten Bedrohungen nicht klar genug „auf dem Radar“ haben. Dabei ist es immens wichtig, Hackerstrategien und die Folgen von erfolgreichen Attacken zu kennen. Kenntnislücken bei Sicherheitsmaßnahmen, daraus folgende Fehleinschätzungen, unklare Aufgabenverteilungen und mangelhafte zentrale Steuerung führen zu verzögerten oder falschen Reaktionen – insbesondere in Stresssituationen. Denn die Abwehr ist in aller Regel nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

Ein holistisches Sicherheitskonzept entwickeln

Umso wichtiger ist es, dass Kommunen sich auf hohem Niveau wappnen. Dies beginnt damit, nicht überprüfte Speichermedien wie USB-Sticks zu blockieren, Fernzugriffe zeitlich einzugrenzen, strikte Multi-Faktor-Authentifizierungen und Netzwerksegmentierungen zu etablieren. Doch nur ganzheitliche Konzepte reduzieren Cyberrisiken umfassend. Und solche beginnen mit der Ist-Zustand-Erfassung aller IT- und OT-Sicherheitsmaßnahmen und deren Dokumentation.

Messlatte sind die gesetzlichen Vorgaben, die konkrete Bedrohungslage und das aktuelle Sicherheitsniveau. Analysen vergangener An-

griffe in derselben Branche und in ähnlichen Organisationsbereichen bringen ebenfalls wertvolle Erkenntnisse. Bei der Bewertung der IT- und OT-Sicherheitsniveaus unter Berücksichtigung von Standards wie ISO 2700x sowie BSI-Richtlinien werden alle Organisationseinheiten zunächst einzeln betrachtet und dann auf Institutionenebene zusammengefasst.

Durch ein solches systematisches Vorgehen überblicken kommunale Entscheider:innen bestehende Sicherheitsaktivitäten und potenzielle Sicherheitslücken realistisch und können Letztere gezielt schließen. Angesichts zunehmender Hackerangriffe und der gesetzlichen Vorgaben ist dies dringend nötig.

Mehr Informationen finden Sie unter
www.pwc.de



„Wer einen Fehler macht und ihn nicht korrigiert, begeht einen zweiten“

Diese schlaue Erkenntnis des Konfuzius gilt natürlich auch in der Politik, wenngleich es gerade im politischen Diskurs gelegentlich schwerfällt, Fehler einzugestehen.

Dies sei in Folge anhand eines eher profanen Beispiels aus dem kommunalpolitischen Tagesgeschäft belegt.

Mit der Beschlussfassung über den Haushalt 2021 hat der Wenzenbacher Gemeinderat eine neue Dirtbahn für Jugendliche aufs Gleis gesetzt. Hierfür wurden im Jahr 2022 Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 Euro vorgesehen. Rasch bestand Einigkeit darüber, dieses Projekt auf dem Gelände des sogenannten Abenteuerspielplatzes am Siedlungsrand von Wenzenbach zu realisieren. Da mir als Bürgermeister wichtig war, dass in Wenzenbach entgegen vieler Referenzfälle nicht einfach mit dem örtlichen Bauhof oder Baggerbetrieb ein paar Erdhügel aufgeschüttet werden, sondern ein wirklich ansprechender Trail entsteht, wurde das Fachplanungsbüro Turbomatik damit betraut, gemeinsam mit Jugendlichen ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten.

Im Herbst 2021 kam es zu einem Ideen-Workshop, an dem ca. 25 begeisterte Dirtbiker-

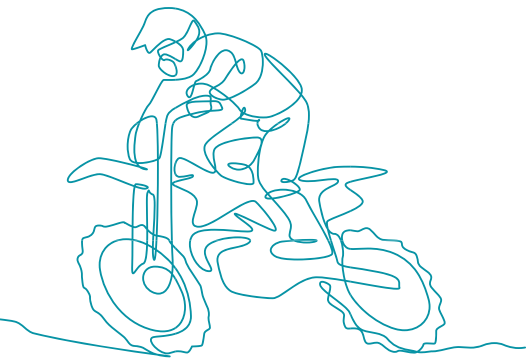
*innen teilnahmen. Daraus resultierte eine vielversprechende Entwurfsplanung, die wir erneut mit Jugendlichen abstimmten, ehe sie in einen Bauantrag übertragen wurde. Nicht unerwähnt soll dabei bleiben, dass viele solcher Anlagen ohne entsprechende baurechtliche Genehmigung errichtet werden, und um ehrlich zu sein, trifft dies auch auf eine frühere Anlage in Wenzenbach zu, die zu einem Zeitpunkt entstand, als ich selbst noch jugendlich – bedauerlicherweise aber nicht mutig – genug für deren Nutzung gewesen wäre. Diesmal sollte indes alles formal korrekt laufen und so erfolgte im Frühjahr 2022 die eingehende Behandlung des Bauantrags im Bauausschuss. Nachdem das gemeindliche Einvernehmen erteilt wurde, leitete meine Bauverwaltung die Unterlagen zur Baugenehmigung ans Landratsamt weiter. In der Zwischenzeit erstellte die Tiefbauabteilung Ausschreibungsunterlagen. Ab

diesem Zeitpunkt schlichen sich, so muss aus heutiger Sicht resümiert werden, Fehler ein. Da uns bewusst war, dass solche Anlagen nicht frei von Sicherheitsrisiken und Haftungsproblematiken sind, haben wir mit dem Ziel einer allumfassenden Prophylaxe eine Vielzahl an Vorgaben für die Ausschreibung aufgestöbert. So sollte die Anlage beispielsweise gleich 13 DIN-Normen entsprechen und vor der Inbetriebnahme auch durch den TÜV abgenommen werden. Parallel zur Erstellung der Ausschreibungsunterlagen wurden nach Rücksprache mit den Fachplanern 1.500 Tonnen Erdmaterial von einer Renaturierungsmaßnahme zur Freizeitanlage transportiert.

Als im Juli 2022 endlich die Ausschreibung des Dirtparks erfolgte, waren viele Jugendliche bereits recht ungeduldig, was auch darin begründet liegt, dass ich ihnen eigentlich eine Realisierung der neuen Anlage bis Pfingsten in Aussicht gestellt hatte. Die Auftragsvergabe erfolgte Mitte August an eine fränkische Firma mit einem festgelegten Fertigstellungszeitpunkt bis Ende des Jahres. Kaum war die Tinte unter dem entsprechenden Vertrag getrocknet, erörterte uns die Firma, dass das angelieferte Erdmaterial für unser Vorhaben ungeeignet wäre, da es nicht hinreichend verdichtet werden könne, um die angeforderten DIN-Angaben zu erreichen. Man müsse demnach mindestens 2.800 Tonnen Schottertragschicht nachordern, um den



Fotos: Sebastian Koch



Dirtpark anlegen zu können. Ein passgenaues Angebot für dieses neue Material wurde natürlich sogleich mitgeliefert und belief sich auf einen Betrag, der die eigentliche Auftragssumme und unsere Haushaltsansätze merklich überstieg. In Folge wurden von der Gemeinde mehrere Alternativen geprüft. Im Raum stand unter anderem eine Verwendung des vorhandenen Materials mit zusätzlicher Zementuntermischung. Ein Abtransport von insgesamt 200 LKW-Fuhren sollte schließlich ebenso wie die möglichen hohen Nachtragskosten verhindert werden.

Während wir verwaltungsintern sowie im Gemeinderat nach Lösungsansätzen suchten, reichte unser Auftragsnehmer eine Behin-

derungsanzeige mit ausgesprochen hohen Kosten ein. Mit der Zeit wurde immer deutlicher, dass die Parkbauer kein gesteigertes Interesse verspürten, uns bei der Entwicklung von Lösungsansätzen zu helfen oder Kompromisse hinsichtlich der Abstufung der ausgeschriebenen Bauleistung einzugehen.

Eigentlich wollten wir mit dem partizipativ entwickelten Dirtpark Jugendlichen Freude am Engagement vor Ort und Interesse an der Kommunalpolitik vermitteln, aber aufgrund des geschilderten Projektverlaufs war das Gegenteil der Fall. Als Bürgermeister blieb mir an dieser Stelle nur die Flucht nach vorn. Mit anwaltlicher Vertretung konnten wir den Vertrag mit den Dirtparkbauern lösen und gegenüber den frustrierten Jugendlichen half nur ein hohes Maß an Transparenz sowie Problembewusstsein.

Im ersten Quartal 2023 folgte eine überarbeitete Ausschreibung des Dirtparks. Vollkommen problemlos wurde dieser in den Sommerferien errichtet, von einem Sicherheitsingenieurbüro abgenommen und im Herbst an die Dirtbiker*innen übergeben.

Den ursprünglichen Zeitplan haben wir erheblich gesprengt, sind aber mit Investitionskosten von 94.500 Euro im 2022 festgelegten Kostenrahmen geblieben. Bereits nach wenigen Wochen ist unser Dirtpark in der gesamten Region bekannt und hat sich zu einem regelrechten Mekka für die Szene entwickelt. Viele Kinder und Jugendliche aus der Gemeinde haben diesen Trendsport für sich entdeckt.

So darf ich etwas abgewandelt mit Oscar Wildes Worten schließen: Am Ende wird alles gut. Als es noch nicht gut war, war es halt noch nicht das Ende.



SEBASTIAN KOCH
Bürgermeister der
Gemeinde Wenzelnbach

Foto: privat

ANZEIGE

Verbessern Sie die Kommunikation in Ihrem Ort mit einer eigenen App!

Teilen Sie Infos & News schnell und direkt mit Ihrer Gemeinde über Ihre eigene Orts-App!



Jetzt gratis Test-App für Ihren Ort erhalten:
www.orts-app.de/kostenlos-testen

ORTs App

Nur 23 Stimmen

Als Demokrat muss man auch verlieren können

2018 durfte ich mit gerade einmal 25 Jahren in das Rathaus der Gemeinde Bad Endbach ziehen. Als gelernter Sozialarbeiter und Sozialdemokrat im ländlichen Bad Endbach damals eine kleine Sensation. Zwar hatte ich in der Gemeindevertretung zu keiner Zeit eine politische Mehrheit auf meiner Seite, dennoch konnten in den vergangenen sechs Jahren viele große Projekte umgesetzt werden. Nicht zu vergessen die vielen Krisen, die zu bewältigen waren.

Viele positive Rückmeldungen gerade von jüngeren Bürgerinnen und Bürgern begleiteten mich durch meine Amtszeit. Dementsprechend selbstbewusst bin ich auch in die Wahlkampfzeit gestartet. Trotz einer Gegenkandidatin, die von der Mehrheitskoalition aus CDU und FWG unterstützt wurde, blieb ich weiterhin positiv gestimmt – schließlich gab es keine Skandale, keine Fehler, alles ruhig in Bad Endbach. Ich glaubte also an den Amtsbonus, von dem so viele sprachen, und machte trotzdem meinen strukturierten Wahlkampf mit professioneller Kampagne, Haustürbesuchen, Wahlkampfständen vor dem Supermarkt und Besuchen auf Festen.

Zeitgleiche Landtagswahl

Trotzdem habe ich am 8. Oktober mit 23 Stimmen Unterschied die Wahl gegen meine Mitbewerberin Erika Weber verloren. Als Sozialdemokrat hätte ich schnell auf die Bundes-SPD schießen oder auf die Ergebnisse der am gleichen Tag stattfindenden Landtagswahl verweisen können. Allerdings wäre das aus meiner Sicht zu einfach gewesen. Ja, die politische Gemengelage war an diesem Tag alles andere als hilfreich, aber wenn man als Amtsinhaber nach sechs Jahren Amtszeit keine Mehrheit hinter sich vereinen kann, dann wollen die Bürgerinnen und Bürger jemand anderen und wählen dementsprechend. Das ist Demokratie. Als glühender Demokrat muss man auch verlieren können. Der Souverän sind die Bürgerinnen und Bürger und das ist gut so. Auch wenn es für einen persönlich erstmal schmerzlich ist. Aus diesem Grund gehört es sich auch, direkt nach der Wahl der Gewinnerin zu gratulieren

„Der Souverän sind die Bürgerinnen und Bürger und das ist gut so. Auch wenn es für einen persönlich erstmal schmerzlich ist.“

und ihr die volle Unterstützung für die Übergangszeit zu garantieren. Das darf die Bevölkerung von erwachsenen Personen erwarten.

Ich habe deshalb direkt am Tag nach der Wahl erste Termine mit meiner Nachfolgerin für Gespräche vereinbart. Außerdem nehme ich sie bereits zu vielen Terminen mit und stelle ihr die Kolleginnen und Kollegen vor. Für mich bleibt die oberste

Priorität, dass die Gemeinde Bad Endbach sich gut weiterentwickelt und einige von mir angestoßene Projekte fortgeführt werden.

Für mich persönlich bedeutet die Wahlentscheidung auch einen Gewinn von Freiheit.

Das Bürgermeisteramt ist doch sehr fordernd und viele private Interessen bleiben auf der Strecke. Inzwischen ist auch eine große Last von mir gefallen. Aus diesem Grund freue ich mich derzeit auf die Zeit danach und die neuen Herausforderungen, die auf mich warten.



JULIAN SCHWEITZER
Bis 8. Januar 2024
Bürgermeister der
Gemeinde Bad Endbach

Fotos: Privat



Fotos: Privat

Innovationen in Kommunen: Manchmal erst Liebe auf den zweiten Blick

Kommunen haben in den letzten Jahren stark in Innovationen investiert. Themen wie Smart City, Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Abfallwirtschaft, Verkehrsinfrastruktur usw. sollen innovativ und bürgernah gestaltet werden. In manchen Fällen gelingen jedoch nicht alle Vorhaben beim ersten Anlauf.

Die Stadt Erlangen hatte z. B. das Ziel, ein smartes Sensornetz zur Überwachung der Wasserverfügbarkeit von Stadtbäumen und Stadtgrün einzuführen. Gemeinsam mit der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg hatte die Stadt Fördermittel vom Bayerischen Ministerium für Digitales eingeworben. Anschließend gab es eine offene Ausschreibung, die aus Gründen der Wettbewerbsfairness auch vier Wochen einsehbar war.

Mögliche finanzielle Risiken für Unternehmen bei Ausschreibungen

Für Bewerber bedeutete die Teilnahme jedoch ein finanzielles Risiko: Die Erstellung der Ausschreibungsdokumente sowie die Anschaffung der entsprechenden Sensortechnik musste innerhalb von vier Wochen bereitgestellt und somit vorfinanziert werden. Die eigentliche Ausschreibung verzögerte sich dann um mehrere Monate, wodurch das Investitionskapital unerwartet lange gebunden war.

Letztlich konnte das Projekt aber umgesetzt und von den Beteiligten als Erfolg gewertet werden. Insgesamt kommen in Erlangen nun

70 solarbetriebene Feuchte- und Temperatursensoren zum Einsatz, zudem 16 Wetterstationen. Das Projekt läuft reibungslos und liefert gute Ergebnisse.

Digitale Lösung unterstützt bei der Vergabe von Kindergartenplätzen

Ein Beispiel für erfolgreiche intensive Zusammenarbeit verschiedenster Beteiligten bietet die sächsische Stadt Heidenau. Wie in vielen Kommunen, wurde auch hier die Vergabe von Kindergartenplätzen lange Zeit händisch vorgenommen. Um möglichst sicher einen Platz zu erhalten, bewarben sich viele Eltern gleichzeitig an verschiedenen Einrichtungen. Daraufhin den Bedarf und die vorhandenen Plätze gut zu koordinieren, war eine komplexe Aufgabe. Eine digitale Lösung sollte hier Abhilfe schaffen.

Die Herausforderung war jedoch, eine Lösung zu finden, die von allen Beteiligten angenommen wird. Die Betreuungseinrichtung und die Familien mussten genauso wie die Verwaltungsmitarbeitenden und die Träger profitieren.

Die Stadt Heidenau wählte für die Entwicklung einer solchen Lösung das Start-up „Little Bird“ aus. Dieses hatte gerade zu Beginn Schwierigkeiten, sich bei öffentlichen Ausschreibungen speziell gegen große IT-Dienstleister mit langjähriger Erfahrung durchzusetzen.

Gemeinsam konnten „Little Bird“ und Heidenau jedoch durch gute Kommunikation und enge Zusammenarbeit mit allen Nutzenden konkrete Anwendungen entwickeln, die auf hohe Akzeptanz bei allen Beteiligten stießen.

Beispiele aus der Beschaffungspraxis:

Dies sind nur zwei von über 130 Praxisbeispielen auf der Webseite des Kompetenzzentrums innovative Beschaffung (KOINNO). Öffentliche Auftraggeber und innovative Unternehmen stellen in den Praxisbeispielen Hürden und Erfolge in der Zusammenarbeit und bei der Umsetzung gemeinsamer Projekte vor. Thematisch erstrecken sich die Beispiele von Digitalisierungs- und E-Government- über Gesundheitsschutz- bis hin zu Nachhaltigkeitsprojekten. Ziel ist es immer, auf potenzielle Stolpersteine, aber auch auf Erfolgsgaranten hinzuweisen und zum Nachahmen einzuladen.

Einige der beschriebenen Projekte wurden zudem mit dem Preis „Innovation schafft Vorsprung“ für besonders herausragende Leistungen öffentlicher Auftraggeber ausgezeichnet.

Mehr Praxisbeispiele unter
<https://www.koinno-bmwk.de/koinno/praxisbeispiele/>



ANZEIGE



KOINNO Praxisbeispiele

Impulse für Innovationen in öffentlichen
Einrichtungen und Unternehmen

- Direkt aus der Praxis
- Regt zum Nachahmen an
- Kostenfrei



KOINNO
KOMPETENZZENTRUM
INNOVATIVE BESCHAFFUNG

www.koinno-bmwk.de



Er ist wieder da!

Die Geschichte einer bemerkenswerten politischen Rückkehr

VON HENNING WITZEL

Michael Adam hat eine bewegte politische Karriere hinter sich. Im Jahr 2008 wurde er mit 23 Jahren in Bodenmais zum Bürgermeister gewählt und wurde damit der jüngste Bürgermeister Deutschlands.

Als er 2011 auch die Landratswahl im Landkreis Regen gewann, titelte der „Spiegel“: „27 Jahre alt, evangelisch, schwul und auch noch in der SPD: Deutschlands jüngster Landrat ist eine politische Sensation.“ Für Michael Adams Karriere schien es nur eine Richtung zu geben: nach oben.

Doch ab 2012 geriet Adam in mehrere Kontroversen. Zunächst kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der bayerischen SPD, nachdem er die Landesführung öffentlich massiv kritisiert hatte. Bei der Bundestagswahl 2013 sorgte er für Aufsehen, indem er erklärte, seine Zweitstimme der CSU gegeben zu haben, um ein Zeichen gegen die als „nicht wählbar“ betrachtete Führung der bayerischen SPD zu setzen. Im November 2013 wurde schließlich öffentlich bekannt, dass Adam sein Dienstzimmer für intime Treffen nutzte, was zu weiteren Diskussionen über sein Verhalten führte. Die Schlagzeilen

wechselten von „Sensation“ zu „Sexskandal“. Besonders der Boulevard empörte sich. Auch Gerüchte über Drogenkonsum machten die Runde. Ein Kommentar in der „Süddeutschen Zeitung“ aus 2013 beschrieb die Situation wie folgt: „Hätte er Sex mit einer 20-jährigen Frau gehabt, dann wäre das nicht mehr als eine Zote in der Kantine des Landratsamts wert gewesen: A Hund is er scho, der Adam! Ein Hallodri! Es gibt etliche Geschichten über Affären (...). In die „Bild am Sonntag“ schaffen es die wenigsten. Das liegt wohl vor allem daran, dass Adam schwul ist (...). Überdies fällt Adam immer wieder mit seiner großen Klappe auf – damit hat er sich Feinde gemacht.“

Kritik gab es dann auch an seinem im Juli 2015 verhängten Aufnahmestopp für Asylbewerber im Landkreis Regen, der auf eine Empfehlung der bayerischen Staatsregierung zurückzuführen war und von höheren Instanzen als unzulässig erklärt wurde.

Ausstieg aus der Politik

In der Folge entschied er sich bei der Landratswahl 2017 dazu, nicht erneut zu kandi-

dieren und sich aus der Politik zu verabschieden. Die Begründung war, dass er sein nicht abgeschlossenes Studium wieder aufnehmen wolle. Im September 2016 gestand Adam Alkoholprobleme ein. In einer Erklärung verwies er auf die Zeit im Amt als Landrat: wenig Freizeit, wenig Schlaf, neben Alkohol auch Nikotin, Medikamente und unregelmäßige und schlechte Ernährung. Physisch resultierte dies in Diabetes, psychisch entstand ein Zeitproblem für eine emotionale Reifung; er müsse seine Arbeit und sein Tun nun distanzierter und kritischer betrachten.

Wunsch, etwas zu bewegen

Als in seiner Heimatgemeinde Bodenmais im Oktober 2023 Bürgermeisterwahlen anstehen, spürt Adam, der in der Zwischenzeit als Social Media Manager tätig war, wieder das Bedürfnis, sich einzubringen. „Ich habe in den letzten Jahren oft das Gefühl vermisst, eine echte Aufgabe zu haben, für Menschen etwas bewegen zu können“, erklärt er dem Infodienst der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern (SGK). Zudem fühlte er sich von vielen Bürgerinnen und Bürgern seiner Heimatge-

meinde ermutigt, erneut für das Bürgermeisteramt zu kandidieren.

Seine Rückkehr in die Politik war keineswegs einfach. Die Erinnerungen an die Vergangenheit und die Herausforderungen in der Gemeinde waren präsent. Doch das Wahlergebnis überraschte alle – Michael Adam gewann mit einer klaren Mehrheit von 66 Prozent die Bürgermeisterwahl gegen den Amtsinhaber Joli Haller (CSU). Im Interview mit dem „Münchner Merkur“ spricht Adam über seine Überraschung über die deutliche Mehrheit. „Ich hatte die Stichwahl schon vorbereitet, die Flyer lagen im Keller“, gesteht er. Doch die Wähler hatten ihm offensichtlich verziehen und ihm eine zweite Chance gegeben.

Der Blick in die Vergangenheit darf dabei nicht fehlen. Michael Adam thematisiert offen die Fehler seiner früheren Amtszeit als

Landrat und die persönlichen Herausforderungen, denen er sich stellen musste. Trotzdem sei er im aktuellen Wahlkampf nicht darauf angesprochen worden. „Die Wahl ist für mich ein Zeichen dafür, dass man mir das verzeiht“, sagt er mit einem Hauch von Erleichterung.

„Mir geht es nicht darum, Werte bewusst in den Vordergrund zu rücken, sondern sie einfach zu realisieren.“

Die kommende Amtszeit sieht er mit klaren Zielen vor Augen. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung und die Attraktivität des Marktplatzes stehen im Fokus. Adam plant die Umsetzung eines Konzepts

für ein „Medizinisches Versorgungszentrum“ und betont die Notwendigkeit, die Herausforderungen im Gesundheitswesen anzugehen.

Sein Hauptaugenmerk will er in den ersten paar Wochen aber der Verwaltung widmen. Hier hat er Handlungsbedarf ausgemacht. „Zwischen den Bürgermeister und seine Verwaltung darf am Ende dieses Prozesses kein Blatt Papier passen“, betont er im Gespräch mit dem SGK-Magazin.



Foto: Privat

Michael Adam: Ab 1. März 2024 wieder 1. Bürgermeister in Bodenmais

Als seine politische Philosophie hebt er hervor: „Mir geht es nicht darum, Werte bewusst in den Vordergrund zu rücken, sondern sie einfach zu realisieren!“ Dabei setzt er auf pragmatische Umsetzung seiner Inhalte, ohne dabei als Sozialdemokrat, der er nach wie vor ist, die „rote Fahne“ zu schwenken. Mit einem Blick in die Zukunft und klaren Plänen für die Gemeinde Bodenmais zeigt Michael Adams Rückkehr auf die kommunalpolitische Bühne, dass Fehler nicht das Ende bedeuten müssen. Manchmal liegt in ihnen auch die Chance für einen Neubeginn und Entwicklung.

ANZEIGE

Smart City Talks Hannover

Bahnhöfe und ihr Umfeld spielen schon heute eine zentrale Rolle bei der Gestaltung von urbaner Mobilität und Logistik. Gemeinsam mit #HANnovativ, der Smart City Initiative der Landeshauptstadt Hannover, arbeitet Smart City | DB im Rahmen einer Städtepartnerschaft an innovativen Konzepten zur Verbesserung der Lebensqualität ausgehend von den Bahnhöfen. Wie eine solche Kooperation aussieht, erfahren Sie bei den Smart City Talks 2024 in Hannover.

Das Event findet am 23.01.2024 in der Zeit von 10:00 - 16:30 Uhr im #aufhof, Schmiedestraße 12, 30159 Hannover statt.

Sie können sich auf Impulse von Oberbürgermeister Belit Onay, Stadtbaurat Thomas Vielhaber, Smart City | DB Leiterin Inga Schlichting sowie viele weitere Stimmen aus den Projekten rund um #HANnovativ und der Smart City Partnerschaft freuen. Wir werden über kreative Ideen für Raumnutzung, attraktive und klimaresiliente Innenstadträume, intelligentes Ordnen von Sharing-Mobilität, Sicherheitsempfinden im öffentlichen Raum und vieles mehr sprechen.

Die Teilnahme am Event ist kostenlos und die Anzahl der Plätze limitiert. Bitte melden Sie sich mit dem QR-Code an. Über die Navigation auf der Anmeldeseite kommen Sie zum Programm.



23.01.2024 | aufhof Hannover



SVEN SCHRADER
Bürgermeister der
Stadt Schmölln

Photovoltaik-Freiflächenanlagen

Eine Chance bei passenden Rahmenbedingungen

Viele Kommunen sind in den letzten Jahren mit zahlreichen Projektvorschlägen potenzieller Vorhabenträger zur Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen, auch auf landwirtschaftlichen Flächen, vertraut geworden. In vielen Regionen sind dabei die Konfliktlinien zwischen Landwirtschaft auf ertragreichen Böden und der Erzeugung von Solarstrom von vornherein offensichtlich. Den Städten und Gemeinden als Trägern der Planungshoheit kommt beim Ausgleich dieser unterschiedlichen Interessen eine entscheidende Rolle zu.

Als Stadt Schmölln haben wir uns dieser Herausforderung gestellt und gemeinsam mit unseren Stadtwerken eine Konzeption für Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf den Weg gebracht. Diese soll unter objektiven Kriterien mögliche Flächen für den Ausbau von PV-Anlagen identifizieren und auch ausschließen. Rechtliche Ausschlussgebiete sind dabei unter anderem Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete oder Überschwemmungsgebiete. Planerische Ausschlussflächen (nach Regionalplan) betreffen vor allem Vorranggebiete für die landwirtschaftliche Bodennutzung und die Rohstofferschließung. Darüber hinaus soll ein Mindestabstand von PV-Freiflächenanlagen zur Wohnbebauung von mindestens 50 Metern gelten.

Ausdrücklich möchten wir unter anderem die im Regionalplan ausgewiesenen Vorbehaltsgebiete für landwirtschaftliche Bodennutzung nicht als Eignungsfläche

ausschließen. Ebenfalls sollen Wasserflächen (zum Beispiel Talsperren oder Speicher) für schwimmende Photovoltaikanlagen in Betracht kommen. Im Entwurf unserer Photovoltaik-Freiflächenkonzeption stellen wir neben dem Erläuterungsbericht alle Ausschluss- und Eignungskriterien in einer Karte dar. Der Entwurf der Konzeption wurde im November dieses Jahres beschlossen, ebenso wie die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Sobald wir alle Stellungnahmen abgewogen haben, soll das Freiflächenkonzept



LEGENDE

■ Ausschlussflächen

Hinweise

▭ Stadtgebiet Stadt Schmölln

■ bestehende Photovoltaikanlage

— geplantes Vorhaben „B7 Ortsumfahrung (OU) Großtöbnitz“ gem. Angabe des Thüringer Landesamtes für Verkehr

▭ 200 m / 500 m Trassenkorridore für A4 und B7

als informelles Planungsinstrument beschlossen werden und als Entscheidungsgrundlage für die Umsetzung von PV-Projekten dienen. Wir definieren dabei, welche Flächen grundsätzlich für einen Ausbau nicht infrage kommen, schaffen jedoch gleichzeitig Klarheit darüber, welche Standorte prinzipiell geeignet sind und für die Aufstellungsbeschlüsse im Stadtrat in Betracht gezogen werden können. Als Träger der Planungshoheit lenken wir so den Prozess zur möglichen Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen und schaffen Transparenz und Planungssicherheit für verschiedene Akteure: die Bürgerinnen und Bürger, die heimische Landwirtschaft, die Landeigentümerinnen und -eigentümer und nicht zuletzt auch für potenzielle Investorinnen und Investoren.

Gelegentlich wird unter Bürgermeisterkolleginnen und -kollegen die Frage aufgeworfen, wie Photovoltaik-Freiflächenanlagen verhindert werden können. Ich denke, eine andere Frage sollte im Mittelpunkt stehen: Wie können wir im Rahmen der Energiewende, die uns alle betrifft, durch planerische Leitplanken die Interessen der Bürgerschaft, der Landwirtschaft und der Wirtschaft so zusammenführen, dass am Ende möglichst jede Kommune einen Beitrag zum Ausbau der erneuerbaren Energien leistet und die damit verbundene Wertschöpfung durch Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort bleibt?

Genau diese Frage können nur wir in den Kommunen beantworten.

Drei Tage Digitalisierung

Inspirierende Panels und erfolgreiche Best Practices rund um Verwaltungsdigitalisierung und Smart Cities

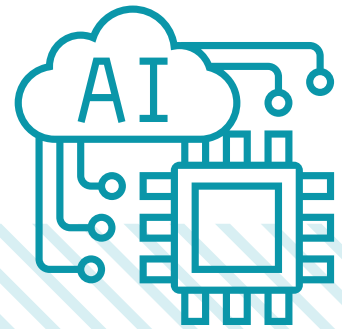
VON HENNING WITZEL

Die Smart Country Convention 2023 hat gezeigt: An der Digitalisierung der Verwaltung geht kein Weg vorbei. Auch unser Netzwerk war Anfang November in Berlin stark vertreten. Sei es als Speaker*in auf einer der drei Hauptbühnen oder mit eigenen Veranstaltungen.

Für nachhaltige und digitale Städte und Gemeinden von morgen ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) essenziell. Bei unserem Tech Meets City#AI gemeinsam mit „getstarted_bitkom“, der Start-up-Initiative des Digitalverbands bitkom, hatten 6 KI-Startups die Möglichkeit, vor jungen Bürgermeister*innen zu pitchen und beim Speed-Networking wertvolle Anregungen für ihre Kommunen zu bekommen.

Mehr Vertrauen in Kommunen, lautete das Fazit unseres hochrangigen Roundtable zu Digitalisierung und Infrastrukturausbau, den wir gemeinsam mit Deutsche Glasfaser veranstaltet haben. Dort wurden lokale Konzepte, Landes- und Bundesprogramme diskutiert. Was funktioniert gut? Was kommt bei den Kommunen an? An welchen Stellen muss nachgebessert werden? Impulse kamen von Stefan Schnorr, Staatssekretär beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin, Initiative D21 e. V., Michael Salomo, Bundesvorsitzender Netzwerk Junge Bürgermeister*innen und Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim, sowie Andreas Pfisterer, CEO, Deutsche Glasfaser Unternehmensgruppe. Moderatorin Dr. Eva-Charlotte Proll, Chefredakteurin des „Behörden Spiegel“, leitete durch die Diskussion.

Am Freitag gab es auf der Messe dann noch die außerordentliche Mitgliederversammlung des Vereins. Über 20 junge Bürgermeister*innen waren zum Teil extra deswegen nach Berlin gekommen. Auch vier neue Mitglieder konnten begrüßt werden. Anschließend blieb auch noch Zeit, in kleineren Gruppen gemeinsam einige Stände der Ausstellung zu besuchen.



Beim Tech Meets City #AI trafen sechs Start-ups und sechs Junge Bürgermeister*innen aufeinander.



Der gut besuchte Roundtable „Digitalisierung und Infrastrukturausbau“



Moderatorin Dr. Eva-Charlotte Proll und die Impulsgeber Lena-Sophie Müller, Stefan Schnorr, Michael Salomo sowie Andreas Pfisterer (v.l.n.r.)



Messe mit BRGRMSTR-Gang

Junge Bürgermeister auf der KOMMUNALE

VON DENNIS NESSWALD



Der Messerundgang in Nürnberg war trotz kleinerer Widrigkeiten ein voller Erfolg. Auch wenn am Ende weniger Kolleg*innen als erhofft dabei waren, tat das der positiven Atmosphäre keinen Abbruch.

Während des gemeinsamen Rundgangs fiel vor allem unser einheitliches Auftreten mit den BRGRMSTR-Shirts bzw. -Hoodies ins Auge. Zahlreiche Menschen sprachen uns darauf an, was nicht nur für unsere Gemeinschaft, sondern auch für potenzielle neue Partner und Sponsoren vielversprechend war. Die Gespräche mit dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) ermöglichten es uns, unsere Sorgen und Nöte deutlich zu artikulieren und auf mögliche Herausforderungen hinzuweisen. Auch die Besuche an weiteren Messeständen ermöglichten einen guten Einblick

in den Markt der kommunalen Dienstleistungen und Produkte.

„Der Messerundgang war erneut ein Fest mit unserem Netzwerk“

Nach dem Rundgang fanden wir uns in einem großzügigen Raum wieder, offiziell begrüßt von einer Vertreterin der Nürnberg Messe. Die Deutsche Glasfaser und Vialytics hielten im Anschluss Kurzvorträge, gefolgt von einem gemeinsamen Essen, großzügigerweise von der Deutschen Glasfaser übernommen.

Ein besonderes Highlight des Tages war der lockere Austausch mit Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König, der sich gegen 18 Uhr zu uns gesellte. Bei einem Feierabend-

bier nahm er sich etwa zwei Stunden Zeit für einen authentischen und äußerst positiven Dialog. Sein Interesse und das gemeinsame Outfit, das ebenfalls gut ankam, schufen eine freundschaftliche Atmosphäre.

Das Fazit lautet: Der Messerundgang war erneut ein Fest mit unserem Netzwerk – ein gelungener Tag, der die Stärke unserer Gemeinschaft unterstrich.

NÜRNBERG 2023
KOMMUNALE

Der Krise kommunikativ begegnen

Wir da unten, die da oben? VON HENNING WITZEL

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) veranstaltete am 21. und 22.11.2023 die Fachtagung „Wir da unten, die da oben? Dialog fördern, Vertrauen stärken“ im Tagungszentrum der Bundespressekonferenz.

Die Tagung behandelte die Beteiligungsstärkung in aktuellen Herausforderungen sowie die Kollaboration von Verwaltung und Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene.

In Deutschland zeigt sich ein rückläufiges Interesse an kommunalpolitischen Themen, sinkende Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und geringere Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. Dies stellt gerade im Hinblick auf das kommunale Superwahljahr 2024

eine besorgniserregende Entwicklung dar.

Bürgermeisterkommunikation

Beim Diskussionsforum „Sprachliche Praktiken der Bürgermeisterkommunikation“ diskutierte unser stellvertretender Bundesvorsitzender Dominik Brasch, Bürgermeister der Kurstadt Bad Soden-Salmünster, mit Viviane Börner und Vanessa Breikopf von der Universität Siegen sowie dem Publikum über die aktuellen Herausforderungen für Kommunalpolitiker*innen. Es ging um den Umgang mit populistischer Wut und wie Bürgermeister*innen kommunikativ auf die Krise der repräsentativen Demokratie reagieren können.



Dominik Brasch, Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge, Henning Witzel (v.l.n.r.)

Foto: Dominik Brasch



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Gemeinsames Treffen der Mitglieder der Allianz mit
Bundesinnenministerin Nancy Faeser im Juni 2023



Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger

VON HENNING WITZEL

Im vergangenen Jahr hat das Bundesministerium des Innern die „Allianz zum Schutz kommunaler Amts- und Mandatsträger“ ins Leben gerufen. Ihr gehören Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, der kommunalpolitischen Vereinigungen der Parteien sowie zuständige Behörden und gesellschaftliche Organisationen an, auch unser Netzwerk Junge Bürgermeister*innen. In zahlreichen Online-Meetings wurden zwischen Februar und November 2023 Vorschläge zu gemeinsamen Maßnahmen erarbeitet.

Bei einem gemeinsamen Treffen im Juni konnten sich die Mitglieder der Allianz bereits mit Bundesinnenministerin Faeser über einen vorläufigen Abschlussbericht austauschen. Als ein wesentlicher Schritt wurde dort bereits die Schaffung einer zentralen Ansprechstelle zum Schutz kommunaler

Amts- und Mandatsträger beschlossen. Diese wird beim Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) angesiedelt und an das bestehende Portal „stark-im-Amt.de“ angebunden sein.

Sie soll als Lotse informieren und beraten sowie als Mittlerin zwischen Betroffenen und den Sicherheitsbehörden, Justiz und Verwaltung fungieren. Trotz schwieriger Haushaltslage konnte inzwischen eine Finanzierung des Projekts über mehrere Jahre erreicht werden.

Der Förderbescheid soll noch im Dezember durch Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Vertreter*innen der Allianz dem DFK überreicht werden.

Inzwischen liegt der finale Entwurf für einen Abschlussbericht mit weiteren Vorschlägen

zu gemeinsamen Maßnahmen vor. Neben der zentralen Ansprechstelle geht es um die Stärkung der politischen Bildung, den Aufbau dauerhafter Strukturen für den direkten Austausch zwischen dem Bund und kommunalen Akteuren sowie ein verbessertes Monitoring. Ziel ist es, den Schutz kommunalpolitischer Aktiver zu verbessern und eine Steigerung der Wertschätzung kommunalpolitischer Arbeit zu erreichen.

Der Anstieg der Attacken auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zeigt eine Verachtung von Staat und Demokratie, die konsequentes Handeln erfordert.

Wir bedanken uns bei Bundesinnenministerin Nancy Faeser für die Initiative und dafür, dass sie in Abstimmung mit Ländern und Kommunen für die Umsetzung der Vorschläge eintreten wird.

UNSERE KOMMUNEN, UNSERE VERANTWORTUNG

Junge Bürgermeister*innen im Dialog

Jetzt
online
anmelden!

Jahreskonferenz 2024
des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen
15. und 16. Mai 2024
Umweltforum Berlin-Friedrichshain



Am 15. und 16. Mai 2024 findet die inzwischen fünfte große Konferenz unseres Netzwerks statt. Im Umweltforum Friedrichshain in Berlin erwarten wir wieder über 200 junge Bürgermeister*innen und Gäste aus ganz Deutschland.

Das Konferenzmotto lautet dieses Mal „Unsere Kommunen, unsere Verantwortung – Junge Bürgermeister*innen im Dialog“. Dies unterstreicht die Dringlichkeit des Austauschs, um sicherzustellen, dass Kommunen handlungsfähig bleiben.

Neben Impulsreden von prominenten Gästen aus Politik und Gesellschaft wird es auch wieder Speeddatings unserer Aussteller geben. Die begleitende Fachausstellung bietet zudem wieder interessante Anregungen für eure Arbeit vor Ort. Zudem planen wir neue Formate wie „Frühstücks-Impulse“ oder Austauschrunden zwischen Bundesministerien und Bürgermeister*innen. In Dialog-Runden werden Influencer*innen, Wissenschafts- und Wirtschaftsvertreter*innen Impulse geben.

Unser Ziel ist es, sowohl für euch Bürgermeister*innen als auch für die Impulsgeber*innen eine Plattform für intensiven Austausch zu schaffen. In mehreren Räumen mit jeweils 12 bis 25 Plätzen werden parallel verschiedene kommunale Themen diskutiert. Nach einem kurzen Impuls kann man so direkt in den Dialog kommen.

Vor allem erwartet euch auch wieder der wichtige kollegiale Austausch untereinander. Also meldet euch gleich an: <https://tms.aloom.de/jahreskonferenz-2024-netzwerk-junge-buergermeisterinnen/>

<https://tms.aloom.de/jahreskonferenz-2024-netzwerk-junge-buergermeisterinnen/>

Jetzt online anmelden!



PROGRAMMSKIZZE

MITTWOCH, 15. MAI 2023

15:30 **Eröffnung der Mitgliederversammlung 2024:** Rede Michael Salomo, OB Heidenheim und Bundesvorsitzender NJB

Anschließend Ordentliche Mitgliederversammlung

17:30 Pause

18:00 Begrüßung zur Jahreskonferenz

18:15 Einführung in den Abend (Moderation)

18:30 **Abend-Impulse:** Rede **Dr. Eckart von Hirschhausen:** Geschäftsführender Gesellschafter Stiftung Gesunde Erde Gesunde Menschen (angefragt), anschließend Fragen aus dem Publikum

Anschließend Dialog-Runden/Fachlicher Austausch: Junge Bürgermeister*innen und junge MdB, oder junge Bürgermeister*innen aus Deutschland und aus der Ukraine

DONNERSTAG, 16. MAI 2024

09:00 **Frühstücks-Dialog** ca 8-10 Frühstückstafeln mit zugewiesenen Plätzen. Tischgastgeber setzt kommunales Thema. Parallel: „Tech Meets City“, sechs Bürgermeister*innen treffen sechs StartUps (gemeinsam mit der StartUp-Initiative des bitkom)

10:00 Eröffnung zweiter Tag

10:05 **Speeddating 1 (3 mal 3 Minuten)**: 3 Konferenzpartner stellen sich vor.

10:15 **Auftaktimpuls**: Rede Prominenter Gast aus der Bundes- oder Landespolitik (angefragt), anschließend Fragen aus dem Publikum

Anschließend Gruppenfoto der jungen Bürgermeister*innen (nach Möglichkeit gemeinsam mit dem prominenten Gast).

11:00 kurze Pause, Übergang in die Workshops

11:10 **Speeddating 2 (3 mal 3 Minuten)**: 3 Konferenzpartner stellen sich vor

11:20 Dialog-Runde 1

Bundesministerien und Bürgermeister*innen: Parallele Intensiv-Workshops, Vertreter*innen aus Bundesministerien stellen kommunale Ideen/Projekte/Förderprogramme für Kommunen vor (2 mal 25 Minuten). Angefragt sind u. a.:

- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
- Bundesministerium des Innern und für Heimat
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium für Digitales und Verkehr
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
- Bundesministerium für Bildung und Forschung
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

12:15 - 13:15 Mittagspause

13:20 **Speeddating 3 (3 mal 3 Minuten)**: 3 Konferenzpartner stellen sich vor.

13:30: Dialog-Runde 2

Expert*innen und Bürgermeister*innen: Parallele Intensiv-Workshops, Influencer*innen/Wissenschafts- und Wirtschaftsvorteiler*innen geben Impulse zu aktuellen kommunalen Fachthemen (2 mal 25 Minuten):

- **(Kommunal-)Politik und Gesellschaft**: Rayk Anders, Journalist, YouTuber, Influencer

■ **Neue Mobilität**: Katja Diehl, Aktivistin und Autorin (angefragt)

■ **Kirche und Kommune**: Anna-Nicole Heinrich, Präses der Synode der Evangelischen Kirche

■ **Energiemarkt/Erneuerbare Energien**: Dirk Specht, Blogger und Lehrbeauftragter VWL und Medien an der DHBW Ravensburg

■ **Sport, Politik, Verantwortung**: Benjamin Köster, Chefredakteur „11 Freunde“ (angefragt)

■ **Digitalisierung**: Daniel Domscheid-Berg, Digital-Aktivist

■ **Kommunale Fördermittel neu Denken**: Workshop gemeinsam mit dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“)

14:30 **Abschluss-Dialog/-Impuls**: noch offen

15:15 Ende der Veranstaltung

<https://tms.aloom.de/jahreskonferenz-2024-netzwerk-junge-buergermeisterinnen/>

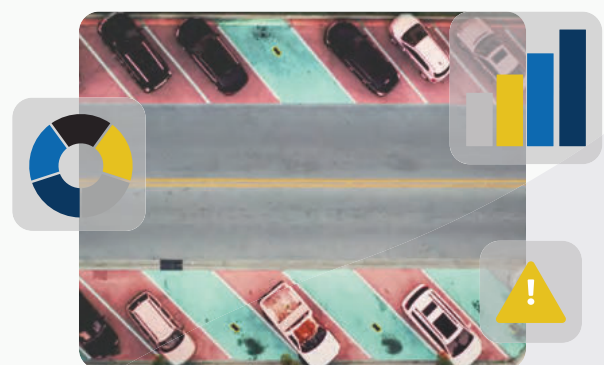


Jetzt online anmelden!



ANZEIGE

Wie Sie 30% des Innerstädtischen Verkehrs reduzieren



Parksuchverkehr durch digitales Parkleitsystem reduzieren



ÖPNV durch Transparenz stärken

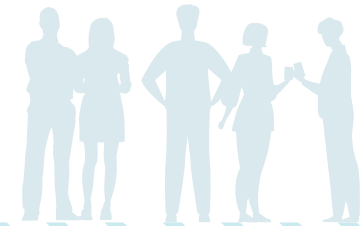


Verfügbarkeit der E-Ladesäulen sicherstellen



SMART CITY SYSTEM

AUSBLICK 2024



🕒 **21.-22.**
FEBRUAR 2024

„**Handelsblatt**“ **Gov Tec Gipfel** in Berlin und digital. Unser Netzwerk ist Kooperationspartner.

🕒 **12.-13.**
MÄRZ 2024

Digitaler Staat in Berlin. Das NJB ist Konferenzpartner.

🕒 **5.-9.**
MAI 2024



Fußball-EM der Bürgermeister in Leipzig, unter Mitwirkung zahlreicher Junger Bürgermeisterkolleg*innen

🕒 **13.-17. MAI 2024**

IFAT in München, mit „Bürgermeister*innen Tag“ unseres Partners Veolia



🕒 **15.-16. MAI 2024**

Jahreskonferenz des Netzwerk Junge Bürgermeister*innen 2024 im Umweltforum Berlin
„Unsere Kommunen, unsere Verantwortung“



🕒 **13. JUNI 2024**

Creative Bureaucracy Festival in Berlin. Unser Netzwerk ist Themenpartner.



🕒 **24.-26. JUNI 2024**

Zukunftskongress Staat und Verwaltung 2024 in Berlin

🕒 **15.-17. OKTOBER 2024**

Smart Country Convention 2024 in Berlin

ANZEIGE



WIR KÖNNEN, WAS WIR TUN.
Die Experten für den öffentlichen Sektor.

Personalsuche | Personalauswahl | Personalentwicklung

www.zfm-bonn.de

ZEIG, WER DU BIST!

*Finde deinen Style
im NJB-Shop*



Bürgermeister*in ist man mit Leib und Seele, warum dann nicht auch das Bürgermeister*in-Sein auf der Brust tragen?

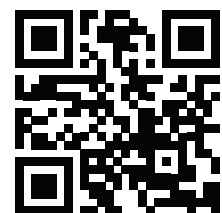
Fürs Amt braucht man nicht nur Kostüm oder Anzug, sondern auch mal einen coolen Hoodie, ein schickes T-Shirt oder eine Base-Cap.

Zudem gibt es auch unser Netzwerk-„N“ oder das Netzwerk-Logo auf Shirts und Hoodies, aber auch auf Tassen, Kappen oder Turnbeuteln.



[NJB-SHOP.MYSPREADSHOP.DE](https://njb-shop.myspreadshop.de)

Willkommen im NJB-Shop.
Schau doch mal vorbei und finde dein Produkt.



AUFBAU UND BETRIEB VON LADEINFRASTRUKTUR FÜR STÄDTE UND KOMMUNEN



Statuslicht

zur Anzeige der Verfügbarkeit

RFID/NFC Terminal

für kontaktlose Zahlungen

Typ 2 Ladekupplung

für die eigene Kabelnutzung; bis zu 22 kW

Integriertes Kabel

ausziehbar bis zu 6,5 m; bis zu 11 kW

Parksensor

zur Überwachung der Verfügbarkeit



Investition



Planung



Aufbau



Betrieb

- Entwickelt für den Einsatz im städtischen Raum
- Haushaltsneutral mit privatem Investitionskapital, unabhängig von staatlichen Förderprogrammen
- Hochverfügbarkeit durch Fernwartungskonzept und Servicepartner vor Ort
- In Deutschland und Europa im Einsatz bewährt
- Unübertroffene Benutzerfreundlichkeit
- Eichrechtskonform für den öffentlichen Raum
- Automatisierte Abrechnungslösung
- Entwicklung, Herstellung und Wertschöpfung in Deutschland

quello

Agnes-Pockels-Bogen 1
80992 München

www.qwello.eu
info@qwello.de
+ 49 89 95 4 59 59 99



Mehr entdecken